

Die "Laibacher Zeitung" erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung ins Hans sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmonde-Spaltenzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzuzurechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 11. November d. J. zu Ehrendomberren an dem Domkapitel zu Tarnow den Dechant, Schuldistrikt-Ausseher und Pfarrer zu Wieliczka, Stanislaus Osuchowski, den Professor der Kirchengeschichte und des Kirchenrechtes an der theologischen Anstalt zu Tarnow, zugleich Consistorial-Ausseher, Dr. Laurenz Gwiazdon, endlich den Dechant, Schuldistrikt-Ausseher und Pfarrer in Porabka, Leopold Perisch, allernächst zu ernennen geruht.

Verordnung des Handelsministeriums vom 15. November 1863,
über die Verlängerung der Gültigkeit der älteren Brief- und Zeitungsmarken und der Briefcouverts; wirksam für das ganze Reich.

Der mit dem Handelsministerialerlaß vom 15. Mai 1863 (R. G. Bl. Nr. 44) festgesetzte Termin (Ende November 1863) für die Gültigkeit der Brief- und Zeitungsmarken und der gestempelten Briefcouverts älterer Form wird bis Ende Februar 1864 verlängert.

Für das f. f. Handelsministerium:
Schalberg m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 26. November.

Das deutliche "Nein", welches England auf die Aufforderung zur Beschildung des Congresses geäußert hat, läßt es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der Congress, wie Louis Napoleon sich denselben gedacht hat, nicht zu Stande kommt. Wir meinen dabei selbstverständlich nicht den Congress der gekrönten Hämpter, denn von diesem ist schon lange nicht mehr die Rede; die Wünsche, welche Louis Napoleon in dieser Beziehung hegte, waren ja überhaupt nur in zarter Weise angedeutet und nicht als direkter Vorschlag ausgesprochen worden; der Franzosenkaiser hatte gemeint und wohl auch gehofft, daß der Eine oder der Andere der Monarchen die Gelegenheit des Zusammenkommens der europäischen Diplomaten zu einem unterhaltenden Besuch in dem lustigen Paris benutzen werde, wo der Ernst des Lebens sich so leicht bei allerlei glänzendem Glitterwerk und sinnbetörendem Schmuckpränge vergessen läßt. Doch dazu ist, wie gesagt, keine Aussicht vorhanden und der König von Italien dürfte fast der Einzige sein, welcher das Anhause mit dem Nüchternen verbindend, am Tuilerienhofe seinen Einzug hält.

Die deutsche Bewegung bezüglich Schleswig-Holsteins ist in immerwährendem Wachsen begriffen, und es gebricht uns an Raum, alle die nationalen Kundgebungen der in allen Städten abgehaltenen Meetings zu verzeichnen. Ein bemerkenswertes Ereigniß ist es, daß der Nationalverein bereits, wie aus den telegraphischen Depeschen ersichtlich, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen beginnt. Wenn der deutsche Nationalverein bis jetzt keine große Popularität zu erringen vermochte, so lag die Ursache darin, daß er ein ziemlich thatenloses Leben führte, daß er nur eine Idee als Grundlage hatte. Nun wirft sich der Nationalverein auf das Gebiet der That, und das wird sein Ansehen gewaltig steigern. Allerdings geht der Nationalverein damit auch großen Gefahren entgegen. Die amtliche "Prager Zeitung" läßt sich jetzt aus Wien schreiben, "daß, wenn etwa versucht werden sollte, eine Entscheidung auf dem Wege des Frei schaarenthums herbeizuführen, und wenn etwa die eine oder die andere Regierung nicht den Willen oder

nicht die Kraft haben sollte, sich dem zu widersetzen, wenigstens die größeren Regierungen schon jetzt fest entschlossen seien, den tumultuarischen Prozeß einer früheren Periode nicht zum zweiten Male zu dulden. In Deutschland brauche und wolle man keine Garibaldi's, um das Recht zur Geltung zu bringen."

Friedrich von Augustenburg, welcher sich noch in Gotha befindet, organisiert unterdessen seine Regierung für Schleswig-Holstein. Er hat die Coburg-gothaischen Beamten, die Herren Francke und Sammer, zu seinen Ministern ernannt, und Geheimrat Michelsen, Director des Germanischen Museums in Nürnberg, ein Schleswiger, 1848 Gesandter der Herzogthümer in Berlin, ist durch den Telegraphen nach Gotha berufen worden, wahrscheinlich, um eine Stelle in der neuen Regierung zu übernehmen. Man wird bemerkt haben, daß Friedrich in seiner Antwort an den Ausschuss des National-Vereins die Hoffnung aussprach, Schleswig-Holstein bald zu befreien. Die Südd. Zeit meldet, daß zur Leitung der nationalen Unterstützungs-Maßregeln vermutlich ein allgemeiner deutscher Abgeordnetentag in Kürze zusammen treten werde. Alle deutschen Blätter fordern energisch, daß gehandelt werde.

46. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 24. November.

(Schluß.)

Der Finanzminister: Er habe keineswegs die Finanzlage als so günstig dargestellt, wie Skene behauptete, vielmehr sei schon damals die Nothwendigkeit einer außerordentlichen Ausgabe angedeutet worden. Die Bergwerksfrage präzisierte sich darin: Soll man jetzt um jeden Preis Alles verkaufen oder massiv vorgehen? Die passiven Werke zu verkaufen, sei ohnehin Grundsatz der Regierung. Außer den großen Verkäufen im Banat und in Böhmen seien 22 Werke veräußert, 17 aufgelassen und 3 in der Auflösung begriffen. Gegen alle Volkswirtschaft und gegen alles Interesse des Staates wäre es, Werke, welche in den letzten Jahren so gehoben wurden, daß sie nun einen Ertrag abwerfen oder versprechen, jetzt zu verschleudern. Die Veräußerung der Werke, welche keinen dauernden Ertrag verbürgen, bleibe Prinzip der Regierung; die Behauptung aber, daß durch allgemeinen Verkauf das Ansehen hätte erspart werden können, sei eine große Uebertreibung.

Nach dem Resümee des Berichterstatters wird zur Specialdebatte übergegangen.

Der Ausschuss beantragt für die 14monatliche Periode als Einnahmen Eisenwerke 16.682.827 fl., Steinkohlenwerke 814.744 fl., andere Montanwerke 20.229.479 fl., zusammen 37.727.050 fl.; — als Ausgaben Eisenwerke 14.960.438 fl., Steinkohlenwerke 736.210 fl., andere Montanwerke 19.279.163 fl., zusammen 34.975.811 fl. zu bewilligen. Es geschieht ohne Debatte.

Bei der Post "leitende Montanbehörden" erklärt sich Skene gegen die Bewilligung von 150.000 fl. für Versuche mit dem Bessemer'schen Verfahren der Stahlbereitung.

Stamm vertritt den Ausschusstantrag, die Förderung jener Versuche liege im eigenen Interesse des Staates.

Ryger glaubt, daß Steuergelder nicht für Experimente bewilligt werden können.

Schlegel widerlegt dem Vorredner, es handle sich nicht um Steuergelder, sondern um Verwendung von Erträgern des Aerrialwerks.

Nachdem Berichterstatter den Ausschusstantrag vertheidigt, wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Skene's bleibt in der Minorität, die vom Ausschusse vorgeschlagenen Biffen werden angenommen. Der Ausschusstantrag:

Das Haus wolle beschließen: "Die Werke Böckstein mit Mauris und Leud, dann Klausen, Nezbanya und Radoboy sind, wenn der Verkauf nicht erfolgte, bestens aufzulassen", wird angenommen.

Für Massen- und Freischurzgebühren des Bergwesens beantragt der Ausschuss die Einstellung einer Summe von 373.301 fl. für die 14monatliche Periode, und wird der vom Ausschuss eingestellte Betrag angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über die Budgetrubrik: "Münzwesen."

Berichterstatter Schlegel verliest vorzugsweise den Bericht, nach welchen für die 14monatliche Periode ein Erforderniß von 19.327.548 fl. und eine Bedeckung von 19.268.251 fl. zu präliminiren wären. Außerdem beantragt der Ausschuss, es möge die Regierung die Aufhebung der Münze in Venetia baldigst zur Ausführung bringen. Der Ausschusstantrag wird sowohl rücksichtlich der Ziffer als rücksichtlich des ausgesprechenden Wunsches ohne Debatte angenommen.

Es folgt der Bericht über die Zölle. Berichterstatter ist Abg. Szabel. Der Ausschussterbericht geht in eine Berechnung des wahrscheinlichen Erträgnisses der Zölle ein und findet die Ansätze der Regierungsvorlage bedeutend zu hoch gegriffen. Er findet nicht die genügenden Motive vorhanden, welche die Verbesserung der Zolleinnahmen im Jahre 1864 gegen jene von 1863 voraussehen ließen. Dagegen macht er geltend, daß die leider täglich mehr hervortretenden Miseranten in einzelnen Theilen der Monarchie und die dadurch gesteigerten Lebensmittelpreise eine Verminderung der Konsumtion und der Einfuhr im Gefolge haben dürften. Hiernach beantragt der Ausschuss als Roheinnahme an Zöllen die Summe von 18.300.000 Gulden einzustellen. Bezuglich des Erfordernisses werden im Ganzen Ersparnisse gegen das Vorjahr im Beflange von circa 76.000 fl. nachgewiesen, wobei der Ausschuss für die Bewilligung der beantragten Ausführung ist. Die Gesamtausgabe beträgt 2.785.969 Gulden.

Abg. Winterstein. Er habe nicht die Absicht, gegen den Ausschuss das Wort zu ergreifen, könne aber diesen Anlaß nicht vorüber gehen lassen, ohne der Angelegenheit wieder zu erwähnen, die er schon bei einem früheren Anlaß zur Sprache gebracht habe. Bei Gelegenheit der Adressdebatte habe er an jener Stelle, in welcher der deutschen Angelegenheit gedacht wurde, hervorgehoben, daß die Frage des deutschen Zollvereins demnächst einer Erledigung zugeführt werden müsse, und daß er es für höchst wünschenswert halte, daß sich die Regierung das erforderliche Materiale sammle, um die Ansicht Derselben kennenzulernen, die durch diesen Zollvertrag in erster Linie betroffen seien. In dieser Richtung sei bis heute nichts geschehen und er glaube, daß, wenn die in der Zwischenzeit vergangenen Monate benutzt worden wären, die Regierung ein höchst schätzbares Materiale für die weitere Verhandlung zu Stande gebracht hätte. Die von ihm (Medner) vor einigen Monaten ausgesprochene Ansicht fand in allen Theilen der Monarchie Anklang und Ausdruck, und es sei bekannt, daß die Handelskammern der verschiedenen Länder und die Vereine von Industriellen und Kaufleuten eine solche Enquête dringend wünschen. Er halte es nicht an der Zeit, heute diesfalls einen Antrag zu stellen, weil er es nicht liebe, Fragen und Gegenstände von so großer Wichtigkeit nebenher und gelegentlich zu behandeln. Aber er wolle nicht unterlassen, die Regierung nochmals auf diese seiner Ansicht nach unerlässlichen Mittel aufmerksam zu machen. Möge sie diesen Weg einschlagen, den einzigen, der eine für die Gesamtmonarchie so wichtige Angelegenheit in geheimer Weise ihrer Erledigung zu führen könne. (Beifall links.)

Berichterstatter Ritter v. Szabel. Die von Winterstein angeregte Frage sei sowohl in der Section als im Plenum des Finanzausschusses erörtert worden, auch dort wurde das lebhafte Bedauern ausgesprochen, daß von Seite der Regierung dem Hause gegenüber eine Initiative nicht ergriffen wurde. Man war jedoch der Ansicht, daß eine so hochwichtige und in die volkswirtschaftlichen Interessen des Reiches so tief eingehende Angelegenheit, wie die Regelung des Zolles und der Grundlage der Zollgesetzgebung, ohne Zustimmung des Hauses nicht stattfinden könne, und man knüpfte daran die Hoffnung, daß die bezüglichen Vorlagen an das Haus zu einer Zeit gelangen werden, wo nicht etwa die Verhandlungen so weit fortgeschritten sein werden, um nur etwa einem kategorischen Ja oder Nein gegenüber gestellt zu werden.

Finanzminister v. Plener. Bei der großen Wichtigkeit der Zollfrage sei es eine ganz berechtigte Anforderung an die Regierung, daß sie sich mit derselben auf das Eindringlichste beschäftige, umso mehr, als der bevorstehende Moment des Aufhörens des gegenwärtigen Zollvertrages in zwei Jahren, die Vorbereitungen zur definitiven Lösung der Zollfrage allen Ernstes gebiete.

Er sei in der Lage die Hoffnung auszusprechen, daß in der nächsten Session dem Reichsrath umfassende Mittheilungen und Vorlagen werden gemacht werden können. Was besonders den vom Abg. Winterstein angeregten Gegenstand, die Einleitung einer Enquête betrifft, so bemerkte er (Redner), daß gegenwärtig diese Frage im Schoße der Zollkommission der reiflichen Erwägung unterzogen werde. Den Abschluß dieser Verhandlungen könne er im gegenwärtigen Momente noch nicht voraussehen. Aber er könne versichern, daß die Frage nöherer Mittheilungen an die entsprechenden Interessenten neuerdings zum Objekte eingehender Erwägungen im Schoße der Zollkommission gemacht worden sei. Es wird zur Abstimmung geschritten und werden die vom Ausschüsse beantragten Bissen angenommen.

Schluß der Sitzung des weiteren Reichsrathes 1^½ Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Staatsvoranschlag. 1. Staatsministerium, Abtheilung: Kultus. 2. Staatsrat. 3. Grundentlastung. 4. Salzgefälle und 5. Tabakgefälle.

Es beginnt hierauf die Sitzung des engeren Reichsrathes.

Auf der Tagesordnung stehen die Regierungsvorlagen, 1. betreffend den Gesetzentwurf über die Verpflegungsgebühren in öffentlichen Gebär- und Irrenanstalten, und 2. Gesetzentwurf, betreffend die Besitzfähigkeit der israelitischen Gemeindeglieder in Czernowitz.

Das Haus beschließt für jeden Gegenstand einen aus neun Mitgliedern aus den Abtheilungen zu bestellenden Ausschuß zu wählen.

Die Wahl wird vorgenommen, und wurden gewählt in den Ausschuß für die Verpflegungsgebühren: Wurzbach, Kaiser, Aichenegg, Grebmer, Giskra, Mühlfeld, Gleispach, Kromer und Flech.

In den Ausschuß für die Besitzfähigkeit der Israeliten in Czernowitz: Rucza, Kuranda, Mazelinski, Van der Straß, Groß, Rechbauer, de Bezzyk, Petriko und Balkooski. (Diese Ausschüsse haben sich bereits konstituiert, und hat Ersterer zum Vorsitzenden Grafen Gleispach, zum Stellvertreter Mühlfeld, zum Schriftführer Dr. Flech. Letzterer zum Vorsitzenden Dr. Rechbauer und zum Schriftführer Dr. van der Straß gewählt.

Die Sitzung wird hierauf um 2^½ Uhr geschlossen.

47. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 25. November.

Beginn der Sitzung: 10^½ Uhr.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister v. Schmerling, Freiherr v. Mecsey, v. Plener, v. Lasser, Freiherr v. Burger. Ministerialsekretär Rabmann.

Vorsitzender: Vicepräsident v. Hopfen.

Zur Vertheilung kommen: Finanzausschußbericht, Justizministerium, Nachtrag; Bericht des Ausschusses für die Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn.

An das Präsidium ist von Seiten Sammers die Proclamation des Erbprinzen von Augustenburg für die Mitglieder des Hauses eingesandt worden.

Abg. Brinck erstattet den Bericht über die Abtheilung "Kultus" des Staatsministeriums. Eine Generaldebatte findet nicht statt.

Ausgaben: Staatsvorschuß zu katholischen Religionsanstalten mit 1.825.081 fl.; Stiftungen und Beiträge zu Cultuszwecken, und zwar für katholischen Cultus 198.691 fl., für evangel. Cultus 66.322 fl., für den griechisch-nichtuntriten Cultus 47.293 fl. Äquivalente und regelmäßige Abfuhren für Cultuszwecke 85.796 fl. Patronatsauslagen für Cultuszwecke 58.761 fl.; — ferner Einnahmen: Ueberschüsse einzelner Religionsfonds 184.234 fl., werden ohne Debatte genehmigt.

In der nun folgenden Generaldebatte über den Staatsrat nimmt das Wort

Berger. Er hätte geglaubt, daß die Wünsche des Hauses eine andere Beantwortung verdient, als sie gefunden hätten. Auch die verheißenden direkten Aufklärungen seien nicht erfolgt und es sei daher geboten, die Bedenken gegen das Institut abermals zur Sprache zu bringen. Die Napoleon'sche Theorie von der Moderation des Ministeriums durch den ruhig meditirenden Staatsrat höre sich recht gut an, aber wenn die Meditation sich überall vor die That dränge, müsse man sie doch in das Studirzimmer wünschen. Die öffentliche Meinung bezeichne den Staatsrat als das Hemmnis der Gesetzgebungarbeit in Oesterreich, und da kein anderer Grund der noch v. rmißbaren Sancionirungen angegeben werde, da das Ministerium sich in diesen Fällen im Einklang mit der Volksvertretung befunden habe, also bei diesem die Ursache der Verzögerungen nicht zu suchen sei, so müsse man in der That dieselbe im Staatsrat suchen. (Zustimmung)

Die Thätigkeit des Staatsraths müsse an das Licht der Öffentlichkeit gezogen, verantwortlich gemacht werden, und es sei der erfreulichste Punkt der citirten Beantwortung, daß der Präsident des Staatsraths diese Behörde wenigstens ideell für verantwortlich erkläre.

Redner kritisiert das Statut und gelangt zu dem Schlusse, daß der Staatsrat ein unverantwortliches Ministerium zweiter Instanz und in seiner dermaßen Einrichtung und Wirklichkeit mit verfassungsmäßigen Zuständen nicht vereinbar sei. Glücklicher Weise werde im Statut ein Gesetz für Kompetenzkonflikte in Aussicht gestellt, das sei der richtige Weg, das Institut müsse aus seinem Dunkel herausgebracht werden. (Beifall.)

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Ihre Majestät die Kaiserin haben der Generaldirektion des Frauen-Wohlthätigkeitsvereines für Wien und Umgebung einen Unterstützungsbeitrag von 800 fl. allernächst zu bewilligen getuht.

Ausland.

Dresden, 24. November. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erklärte Minister v. Beust in Beantwortung der Interpellation wegen Schleswig-Holsteins: Der sächsische Bundestagsgesandte war instruiert, gegen die Zulassung des neuen dänischen Gesandten entschieden aufzutreten. In Folge der Bundestagsitzung vom 20. November hat er gestern die Weisung erhalten, beim Bunde den Antrag einzubringen: Bis zum Austrag der Sache ist der dänische Gesandte zu den Bundesversammlungen nicht einzuladen, ferner, daß das Executionscorps mit den nöthigen Verstärkungen Holstein und Lauenburg bis zu dem Zeitpunkte besetze, wo der Bund beide Länder dem von ihm als rechtmäßig erkannten Nachfolger übergeben könne. Minister Beust bezeichnet diese Maßregeln als correct, wirksam und für alle Bundesglieder möglich; Einigkeit sei vor allem Bedürfnis.

Koburg, 21. November. Die heutige offiziöse "Koburger Zeitung" bringt folgendes Telegramm aus Gotha, 20. November, Nachmittags vier Uhr: "Aus Lübingen und Hamburg sind Adressen an den Herzog von Schleswig-Holstein eingetroffen. Die Nachrichten aus Frankfurt lassen Günstiges vom Bundestage hoffen." Dasselbe Blatt enthält die Mittheilung, daß die "Neue Würzburger Zeitung" einen Aufruf an alle deutschen Patrioten bringe: "sich in der schleswig-holsteinischen Sache um den Herzog von Coburg zu schaaren, und ihm, als dem Repräsentanten der patriotischen Sache, die Mittel zum Kampfe an Mannschaft und Geld zuzuführen."

Aus Berlin, 22. November, schreibt man der "Presse": In Betreff der schleswig-holsteinischen Sache scheint sich doch, wenigstens unter den Abgeordneten, die Ansicht geklärt zu haben. Die heisige Presse möchte zwar sofort Krieg, lieber heute als morgen in Schleswig oder doch mindestens in Holstein einrücken. In den Sitzungen der beiden liberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses aber, die am gestrigen Abende bis tief in die Nacht hinein mit der Frage sich beschäftigten, soll mehr und mehr die Ansicht sich geltend gemacht haben, daß man dem gegenwärtigen Ministerium auch für die Sache der unglücklichen Herzogtümer keinen Groschen und keinen Mann anvertrauen dürfe. In diesem Sinne wird denn auch wahrscheinlich am Montage ein Antrag in das Haus eingebracht werden, welcher einerseits die tiefen Sympathien des preußischen Volkes für die Schleswig-Holsteiner an den Tag legen, andererseits aber auch erklären soll, wie in der gegenwärtigen

Lage Preußens von hier aus ihnen keine Hilfe geleistet werden könne. So soll sowohl in der Fortschrittspartei als in der Partei des linken Centrums die entschiedene Majorität sich festgestellt haben, und so dürfte auch im ganzen die Stimmung des Landes sein. Selbst in Berlin, dessen Presse mit jener Entscheidung eine sofortige Aktion will, hört man nicht wenige Stimmen, die ein gegenwärtiges Auftreten Preußens für Schleswig-Holstein, wenn auch nicht als ein Unglück Preußens, doch als einen großen Mißgriff ansehen, der zu den schwersten Folgen führen könnte. Uebrigens wird von vielen erwartet, daß in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses die Regierung selbst mit Anträgen in der schleswig-holsteinischen Sache hervortreten werde. Man bringt das in Verbindung mit einer Neuerung Bismarck's, in kurzer Zeit werde er der populärste Mann in Preußen sein. Nun, wenn er damit Geld und die Armeo-Organisation zu gewinnen hofft, so hat er sich doch geirrt, es möchte denn über Nacht eine ganz andere Stimmung in Land und Leute kommen.

Berlin, 23. November. Gestern Mittag wurde hier eine Versammlung unter Vorsitz des Herrn Lassalle in außerordentlich lebhafter Weise geschlossen. Eine längere Rede des Vorsitzenden hatte sehr stürmische Debatten hervorgerufen, bei denen besonders der Protest der Zuhörer gegen das Verfahren des Herrn Lassalle, "stets nur von sich zu reden und nicht zur Sache zu kommen", wiederholt und in heftiger Weise laut wurde. Eben theilte Herr Lassalle mit, daß am Morgen wegen einer Anklage auf Hochverrath ein Verhaftsbefehl gegen ihn erlassen sei, als plötzlich eine große Anzahl Schutzeute erschien, das Lokal besetzte und sich der Person des Herrn Lassalle in Ausführung des erwähnten Verhaftsbefehls bemächtigte. Jetzt erhob sich ein wahrer Sturm in der Versammlung. Einige Anhänger des Herrn Lassalle machten einen vergeblichen Versuch, eine Bewegung zu seinen Gunsten hervorzurufen; der größere Theil der Anwesenden gab aber seine Zustimmung zu der polizeilichen Maßregel in so energischer Weise kund, daß fast der Ausbruch von Thätlichkeiten drohte. So wurde Herr Lassalle zum Arrest geführt und die Versammlung ging bewegt auseinander.

Berlin, 24. November. Der Ausschuss des Nationalvereins hatte Beningen und Fries als Deputation an Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein nach Gotha gesendet. Dieselben wurden vom Herzog und seinen Räthen empfangen. Auf die Ansprache der Deputation erwiederte der Herzog: Ich bin innig erfreut durch die Sympathien, die Sie mir im Namen des deutschen Nationalvereins aussprachen, und bin vom Herzen dankbar für Alles, was derselbe zugleich mit anderen Vereinen schon früher für meine verfolgten Schleswig-Holsteiner gethan hat. Die Gerechtigkeit meines Erbrechtes findet volle Anerkennung; die Leiden, welche gerade die loyalste, edelste Bevölkerung, namentlich meine unglücklichen Schleswiger, durch Verbannung, Einkerkierung, durch Verdrückung aller vaterländisch Gesinteten, ja selbst durch Misshandlung der Kirche und Schule haben erdulden müssen, werden alle Guten, die ein durch Eigensucht nicht befangenes menschliches Gefühl haben, in der Überzeugung vereinigen, daß die Ketten der Herzogthümer gelöst werden müssen.

In dieser Sache darf es keine Unterscheidung zwischen Regierungen und Völkern, keine Parteien innerhalb der Völker geben. Wenn Sie mich der Sympathien eines großen Theiles des deutschen Volkes versichern, erwiedere ich Ihnen mit herzlicher Erkenntlichkeit, daß ich mir sehr wohl bewußt bin, welches Landes Sie haben. Das Rechtsgefühl der Völker ist der beste Schutz für mich auf der unerschütterlichen Grundlage, daß sie zugleich die Sache meines Volkes ist und daß nur durch mein Recht den Schleswig-Holsteinern die Möglichkeit gegeben ist, sich von der langen dänischen Unterdrückung auf immer und völlig zu erlösen.

Man hat die Schleswig-Holsteiner im Namen des fürstlichen Rechtes lange unterdrücken dürfen, im Namen desselben fürstlichen Rechtes werde ich sie befreien, und ich werde sie, so Gott will, bald befreien.

Berlin, 24. November. Die Ansprache der Deputation des Nationalvereins-Ausschusses (bestehend aus dem Vereinspräsidenten v. Beningen und Vicepräsidenten Fries) an den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein lautete wörthlich:

"Durchlauchtigster Herzog!

"Der Ausschuss des deutschen Nationalvereins, welchen die Wichtigkeit des Momentes augenblicklich in Berlin hat zusammenzutreffen, sendet uns seinen Präsidenten und dessen Stellvertreter hieher, um Eure Hoheit als den allein berechtigten Herzog von Schleswig-Holstein ehrfurchtsvoll zu begrüßen. Wir haben zugleich den Auftrag erhalten, Eure Hoheit bei den

gerechten Bestrebungen alle Hindernisse zu überwinden, welche der Besitzergreifung der Herzogthümer im Wege stehen, der lebhaften Sympathien nicht allein, sondern auch der kräftigsten Unterstützung des Nationalvereins zu versichern.

Der Nationalverein hat seit seinem Entstehen die vollständige Wahrung und Durchführung der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein als eine seiner wichtigsten Aufgaben erkannt, als Aufgabe nicht einer Partei, sondern des gesamten Deutschlands. Wir glauben daher zugleich die Versicherung aussprechen zu können, daß in der jetzigen folgenschweren Lage, wo es sich um die unzweifelhaften Rechte eines deutschen Fürstenhauses, um die Integrität des deutschen Bodens, um die höchsten und heiligsten Interessen der gesamten deutschen Nation handelt, das deutsche Volk, wie verschieden auch im Uebrigen seine Parteirichtungen sein mögen, einmütig und unerschütterlich zusammenhalten wird in aller Gefahr und gegen jeden Feind bis zum vollständigen Siege!"

Hannover, 24. November. Der König empfing persönlich die Deputation der städtischen Collegen, welche eine Adresse im Bezug der schleswig-holsteinischen Frage überreichte, und antwortete im Allgemeinen, er werde ferner in der holsteinischen Sache thätig sein und der Bundesgauausschuss werde die Successionsfrage unparteiisch prüfen.

— Der hannover'sche Courier meldet: "Zu der hier eingetroffenen Nachricht, daß die Militär-Conferenz in Bezug des Arrangements der Execution in Holstein beschlossen habe, anstatt 6000 Mann 12.000 Mann Sachsen und Hannoveraner marschiren zu lassen, verlautet ferner noch, daß die Sachsen in Holstein einrücken, die Hannoveraner aber als Reserve auf dem linken Ufer der Unter-Elbe stehen bleiben würden."

Hamburg, 24. November. Eine heutige auch von der Ritterschaft zahlreich besuchte Versammlung von holsteinischen Ständeabgeordneten hat einstimmig die Eingabe der 25. Abgeordneten an die Bundesversammlung gutgeheissen. Weitere 38 Mitglieder, darunter Baron Blome, haben die Eingabe nachträglich unterzeichnet.

Dem Vernehmen nach wurde Scheel-Plessen nach Kopenhagen berufen. Er ist dahin abgereist. Das holsteinische Ministerium soll ihm angeboten sein.

Paris. Das "Memorial diplomatique" schreibt: "Das die Abtretung der ionischen Inseln ratifizirende Protokoll ward am 14. November zu London von Earl Russell, dem französischen Geschäftsträger und den Botschaftern Österreichs, Preußens und Russlands unterzeichnet. Das Protokoll segt fest, daß die englischen Festungswerke von Corfu vor Übergabe der Insel an Griechenland geschleift werden, und daß die Engländer am 1. März 1864 den ionischen Archipel definitiv verlassen sollen. Dasselbe Protokoll gewährleistet sowohl der französischen Dampfschiffahrtsgesellschaft der Messageries Imperiales, wie dem österreichischen Lloyd dieselben Rechte, welche sie bisher in den Häfen der ionischen Inseln besaßen."

Aus **London**, 19. November, schreibt man der "A. A. B.": Die Börse ist so sehr mit ihren eigenen Sorgen beschäftigt, und trifft für die drohende Handelskrise, deren Möglichkeit jetzt nicht mehr geblügt, ja die für Frankreich und Italien als unabwendbar betrachtet wird, so eifrig ihre Vorlehrungen, daß sie alles andere darüber vergibt, und nur noch Augen für die eine große, ihre Interessen am unmittelbarsten berührende Gefahr hat, und für ihre wahrscheinlich trügerische Hoffnung, durch rechtzeitige Vorbereitungen und Vertheidigungsmassregeln das Unheil auf jene beiden Länder zu lokaliren.

Das über kurz oder lang eine solche Krise in Italien eintreten müste, war seit Jahren vorauszusehen. Eine Nation, die fast gar nicht arbeitet, und ihrermaßen unvorsichtigen patriotischen Agitation auch noch das Bißchen industrieller Arbeit, das vor der "Befreiung" existierte, geopfert hat, die noch dazu den Zoll der Dankbarkeit an Frankreich durch Concessionierung französischer Bank- und Eisenbahngesellschaften entrichten und mit gleicher Münze die englischen Sympathien bezahlen muß — eine desorganisierte, von der patriotischen Phrase lebende, Großmachtsgelüste, ihren Postspielen, die Steuerkraft des Landes so weit überschreitenden Militäretat nur durch finanziellen Ruin büßen. Wenn, wie seit lange befürchtet und an der gestrigen Börse als gewiß angenommen wurde, eine Handels- und Finanzkrise zuerst in Italien ausbrechen und die kommerziellen Interessen Englands empfindlich berühren sollte, so werden die Italiener sich auf eine Wandlung der englischen Sympathien gefaßt machen müssen.

New-York, 11. November. Seward verweigert gewissen Leuten die Erlaubniß zu Werbungen für Juarez, dabei sich Beteiligende würden verfolgt.

Tagesbericht.

Laibach, 27. November.

Heute Abend findet die 29. Sitzung der "Juristischen Gesellschaft" in ihrem Lokale (Salendergasse Nr. 195, II. Stock) statt.

— Der Gebrauch der alten Brief- und Zeitungsmarken ist bis Ende Februar 1864 verlängert worden.

— Am 22. November geriet in der Wohnung der Fabrikarbeiterin Anna H. in Klagenfurt der Provinzbacker Mathias Fischer mit Peter E., Gemeinen vom f. f. Baron Marocić Infanterie-Regimente und dessen Bruder Johann E., Urlauber vom 19. Jägerbataillon, aus Eisersucht in Streit, welcher sich so weit stiegerte, daß Fischer den Säbel zog und auf die beiden Leutgenannten einhieb. Der Urlauber Johann E. machte von einem Messer Gebrauch und versegte damit dem Fischer zwei Stiche in die Brust, so daß dieser augenblicklich tot zusammenstürzte. Der Thäter wurde noch in der Nacht von der Sicherheitsbehörde verhaftet und dem Militärgerichte übergeben.

— Peter E., welcher einige nicht unerhebliche Verlebungen erlitt, befindet sich im Militärspitale im Gewahrsam. (Kl. Btg.)

Wien, 25. November.

— Der vom siebenbürgischen Landtage beschlossene zweite Gesetzentwurf, betreffend den Gebrauch der drei Landessprachen in dem öffentlichen Verkehre, hat in der vom Landtage vereinbarten Fassung die Allerhöchste Sanktion erhalten.

— In Krakau wurde vor einigen Tagen im Hotel "Leopol" ein bisher unbekannter Mann erhängt gefunden. Man vermutete gleich anfänglich einen Mord, und in der That wurde nunmehr bis zur Endenz constatirt, daß der Unglückliche zuerst erwürgt und nachher gehenkt wurde und daß er sich verzweifelt gewehrt haben muß.

Vermischte Nachrichten.

— Aus Corfu schreibt man: In der Nähe der beliebten Promenade "zur Kanone" entsteigt dem dort selten bewegten Meere ein Fels, der den Namen Ponticonissi führt und auf dessen Spitze eine kleine griechische Kirche den Besucher zur Andacht und Bewunderung der herrlichen Gegend einlädt. Ihre Maj. die Kaiserin Elisabeth hat während ihres viermonatlichen Aufenthaltes auf Corfu diese kleine Insel sehr oft besucht. Die Corfuiten haben nun, um der hohen kaiserlichen Frau ihre innige und aufrichtige Verehrung zu bezeugen, dieser kleinen Felseninsel den Namen "Elisabeth" gegeben.

— Man schreibt aus Paris: "Die legitime Herrschaft des schwarzen Frack wird in der beginnenden Wintersaison schwer erschüttert werden. Die neue Mode bringt in der eleganten Welt die farbigen Fräcke zur Geltung, blaue namenlich für Hochzeiten, wie man eben dieser Tage erst bei Vermählung des Grafen d'Estourmel und des Herzogs von Belluna gesehen. Auf Bällen wird man nur noch wenig schwarze, sondern vorzugsweise blaue und grüne Fräcke sehen; außerdem ist prune de Monsieur sehr en vogue. Der schwarze Frack behauptet sich nur noch bei offiziellen Galladines, bei Begräbnissen, Abends-Conversationen, in Theater-Logen &c. und bei sonstigen feierlichen Veranlassungen."

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Telegramm der "Laibacher Zeitung."

Wien, 26. November. *) Zwischen Österreich und Preußen ist eine Vereinbarung in Bezug auf die schleswig-holstein'sche Angelegenheit erfolgt, dahin gehend: Die Erbsolge ist nicht nur durch den Londoner Tractat von 1852, sondern auch durch den Berliner Frieden von 1850 festgestellt. Die Ansprüche der Augustenburger seien nach deutschem Fürstenrecht und Lebengesetz zweifelhaft. Berechtigt zur Untersuchung sei der Bund. Man erwartet dessen Entscheidung und hofft, falls diese die Ansprüche des Prinzen Friedrich für ungültig erkläre, dessen freiwilligen Rücktritt. Die Execution werde kräftig durchgeführt. Der deutsche Bund

*) Das Telegramm ist uns nach Ausgabe unseres gestrigen Blattes erst zugelommen. Es ist in diesem Monat bereits acht Mal geschehen, daß wir Morgens acht Uhr in Wien ausgegebene Telegramme erst Nachmittags erhielten. Bei dieser Mangelhaftigkeit der Förderung ist es beim besten Willen und mit allen Opfern nicht möglich, den Wünschen unserer Leser gerecht zu werden. Die Red.

wird einstweilen den Zutritt des dänischen Gesandten sistiren.

Eine Versammlung biesiger Abgeordneten befuß einer Manifestation zu Gunsten Schleswig-Holsteins blieb resultlos.

Frankfurt, 25. November. Es steht außer Zweifel, daß in der morgen stattfindenden Bundesversammlung die Zurückweisung des dänischen Gesandten Dirksen-Holmfeld per majora beschlossen wird. Der Legitimations-Ausschuß wird mit 5 gegen 2 Stimmen die Suspendierung des betreffenden Gesandtschaftsponstens bis zum Austrag der Anerkennungsfrage (über dieselbe wird der staatsrechtliche Ausschuß, Vorsitzender M. Mohl, zu berichten haben) beantragen. Die Zulassung Mohl's als Gesandter des Herzogs Friedrich von Augustenburg wird später berathen werden. (Presse.)

München, 25. November. Die "Bayerische Btg." bestätigt, daß es unzweifelhaft sei, was die bayerische Regierung in Bezug auf Schleswig-Holstein thue. Die Regierung werde ihrer seitherigen Haltung treu und consequent bleiben. Über die Mittel und Wege, wie eine glückliche Lösung erreicht werden könnte, habe jedoch der Bund zu beschließen und wir dürfen hoffen und vertrauen, daß er den Beschluß mit dem Ernst fassen wird, der nötig ist, um dem Rechte Deutschlands zum baldigen Siege zu verhelfen.

Dresden, 25. November. Die erste Kammer hat heute den Antrag Welcks berathen und beschlossen: Indem die Kammer ihre Befriedigung über die gestrige Erklärung der Regierung ausspricht und in der Voraussetzung, die Regierung werde dabei auch für die Geltendmachung der Rechte Holsteins auf Schleswig wirken, erklärt die Kammer: Das sächsische Volk und seine Vertreter sind bereit, die Regierung hierin in jeder Weise zu unterstützen, selbst wenn hierbei die Ergreifung der äußersten Mittel nötig werden sollte.

Berlin, 25. November. Ein hier eingetroffener Privatbrief aus Warschau berichtet von einem Befehl des revolutionären Stadthauptmannes, welcher entgegen den in der ausländischen Presse circulirenden Gerüchten erklärt, die Nationalregierung gedenke nicht den Kampf aufzugeben und gebiete über mehr Streitkräfte als im Beginne des Aufstandes (? ?).

Berlin, 25. November. Der Ausschuß des Nationalvereins beschloß gestern eine Ansprache an das deutsche Volk.

Er mahnt die Fürsten an die schwere Verantwortlichkeit, beschwört das deutsche Volk selbst zu handeln, fordert die Freunde des Vaterlandes auf, Geld zu schaffen, Mannschaft, Waffen, alle Mittel bereit zu halten; er verheißt eine entsprechende Verwendung der Flottengelder, fordert eine andauernde Selbstbesteuerung des Volkes und eine feste Organisation.

Der Nationalverein hat hierzu einen Hilfsausschuß gebildet.

Paris, 25. November. Gestern waren die Antworten des Österreichs, Englands und Preußens wegen des Congresses noch nicht übergeben. Die Ansagen, daß dieselben in identischer Form abgefaßt seien, können mit Bestimmtheit als unrichtig bezeichnet werden; das hiesige Cabinet weiß nur, daß es die Zustimmungen im Prinzip zu erwarten habe. Die russische Acceptation des Vorschlags soll heute nach Compiègne gebracht werden, auch diese stellt Voraussetzungen.

Bern, 25. November. Der Bundesrat hat dem Kaiser Napoleon geantwortet, er sei bereit am Congresse teilzunehmen. Eine Note an die französische Regierung enthält gleichzeitig Vorbehalte in Bezug der Bégebren, die der Bundesrat am Congresse zu stellen hätte.

London, 25. November. "Daily News" bestätigt die Ablehnung der Einladung des Kaisers Napoleon zum Congresse von Seite Englands und den Nichtantritt Lord Russells aus dem auswärtigen Amt. Die "Times" erkennt ausdrücklich das Successionsrecht (? ?) den Herzogthümern zu, wenn dieselben ohne Hilfe der deutschen Vertragszeichner siegreich seien.

Concert-Anzeige.

Wir bringen dem Publicum Laibach's hiermit in Erinnerung, daß heute Abends 7 Uhr im ständischen Redoutensaal das "historische Concert" des Herrn L. A. Bellner stattfindet. Eintrittskarten zu 60 fr. sind in der Handlung des Herrn C. Antoni und Abends an der Tasse zu haben. Da sich, wie man bereits vernimmt, die Intelligenz unserer Stadt daselbst ein vollzähliges Rendezvous geben wird, wie dies bei einer so außergewöhnlichen Veranlassung vorzusehen war, so dürfte die Versammlung eine eben so zahlreiche als glänzende werden. Möge also Niemand versäumen, von dieser, den Genuß eines höchst interessanten Abends bietenden Gelegenheit zu profitieren.

Die Schlosserwaaren-, Maschinen- und Dezimalwagen-Fabrik

des

Jul. A. Vollmer & Comp.

St. Peters-Vorstadt Nr. 82 in Laibach,

ist nunmehr durch ihre neueste Umgestaltung des Betriebes durch Dampfkraft ihrer früheren und zum größten Theile neu ange- schafften Hilfsmaschinen in der Lage, nunmehr allen Anforderungen eines geehrten Publikums, sowohl in der Erzeugung aller Bau-Schlosserwaaren, der verschiedenartigsten Maschinen und technischer Artikel, als auch aller Gattungen Wagen &c., zu den billigsten Preisen zu genügen, und alle Bestellungen auf das prompteste und beste zu effektuiren.

Zur Bequemlichkeit der P. T. Abnehmer sind auch bereits Niederlagen errichtet, und mit allen Gattungen Waaren gut assortirt worden.

Die Niederlagen befinden sich:

In Agram	bei Franz Sollar.
	» A. Hondl.
	» Paul Hotz.
	» D. Rakusch.
	» Jakob Fischer.
	» Vinzenz Pessi.
	» Josef Löwy.
	» Christ. Odörffer.

In Klagenfurt bei Blas Pufitsch.
» Krapina
» Moriz Sonnenberg.
» Marburg
» Franz X. Halbärt.
» Eisefk
» A. Khern.
» G. Velussig & Comp.
» Triest
» Puntzengruber & Bertelich.
» Villach
» Anton Josef Pichler.
» Wien
» Karl Draudt.

Preis-Courant.

Dezimalwagen

Dezimalwagen

rechteckiger Form.

rechteckiger Form.

Eine Wage von 1 Ztr. fl. 16	Eine Wage von 1 Ztr. fl. 18
2 " " 18	2 " " 20
3 " " 21	3 " " 22
4 " " 23	4 " " 25
5 " " 25	5 " " 28
6 " " 27	6 " " 32
8 " " 30	8 " " 35
10 " " 36	10 " " 40
15 " " 44	15 " " 50
20 " " 50	20 " " 60
25 " " 60	25 " " 70
30 " " 70	30 " " 80
40 " " 80	40 " " 90
50 " " 90	50 " " 100

Brückenwagen mit 50 Zentner fl. 190

100

Eiserne Dezimalwagen mit $\frac{1}{2}$ Zentner " 20.—

Balancewagen Nr. I. " 30.—

Nr. II. " 16.—

Copierpressen mit Eisenbügel Nr. 1 " 4.—

" Eisenspindel " 2 " 4.50

" " 3 " 10.—

" " 4 " 30.—

Siegelpressen Nr. 1 " 4.—

" 2 " 4.20

" 3 " 8.—

" 4 " 12.—

Hochdruckpressen Nr. 5 " 2.—

Plombirzangen " 20.—

Französische Schraubenschlüssel Nr. 1 " 10.—

Nr. 2 " 12.—

Kaffeereibmaschinen mit Schwungrad " 40.—

Farbreibmaschinen " 30.—

ohne " 23.—

Kukuruzrebbelmaschinen mit Schwungrad, einfache " 20.—

doppelte " 30.—

Schlosserwaaren aller Art,

sowie complete Baubeschläge:

a) Fensterbeschläge laut spezieller Preisliste

Nr. 1 . . . fl. 1.18
" 2 . . . " 2.70
" 3 . . . " 2.50
" 4 . . . " 1.82
" 5 . . . " 2.52
" 6 . . . " 2.10

b) Jaloussienbeschläge

c) Spaltladenbeschläge

Thürbeschläge:

für Doppelthüren fl. 5.80
" Kreuzthüren " 3.80
" Aborte " 1.50
" Boden- und Kellerthüren " 7.20
" Kaminthüren " 1.30
" Hausthüre " 30.—
" " sehr elegant " 70.—

Sparherde:

a. freistehende

von Gußeisen Nr. 1 . . . fl. 12.—
" Eisenblech ohne Wasserkessel mit Bratrohr Nr. 1 " 12.—
mit Wasserkessel und 1 Bratrohr " " 2 . . . " 15.—
" " " " " 3 . . . " 25.—
" " " " " 4 . . . " 35.—
" " " " " 5 . . . " 50.—
" " " " " 6 . . . " 60.—
" " " " " 7 . . . " 70.—

b. gemauerte

pr. Pfund —30
Nothherdthüren pr. Pfund —30
Öfenthüren —25
Dunsthüren mit Feder pr. Pfund —34
Russische Pushtürl —35

Bei en gros Geschäften pr. comptant ein angemessener Skonto.

Wie es aus dem vorangeführten Preis-Courante ersichtlich ist, glaubt die Fabrik allen billigen Anforderungen bestens entsprechen zu können und bittet um geneigten Zuspruch.

